

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/051(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 22.02.2024	Franckesaal	17:00 Uhr	18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2024
- 4 Neuwahl Schiedsperson DS0020/24
- 5 Antrag auf ein Normenkontrollverfahren beim
Oberverwaltungsgericht Magdeburg gegen die Verordnung des
Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des
Überschwemmungsgebietes Schrote DS0049/24
- 6 Neufassung der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung DS0613/23
- 6.1 Neufassung der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung DS0613/23/1

7	Unterstützen statt blockieren	A0293/23
7.1	Unterstützen statt blockieren	S0049/24
8	Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten	A0129/23
8.1	Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten	S0537/23
9	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern	A0239/23
9.1	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern	S0501/23
10	Einführung „Nette Toilette“ in der Landeshauptstadt Magdeburg	A0281/23
10.1	Einführung „Nette Toilette“ in der Landeshauptstadt Magdeburg	S0059/24
11	Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB	DS0446/23/73
11.1	Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB	S0007/24
12	Information Bürgerversammlung Neue Neustadt	I0023/24
13	Nächste Stufe des neuen Terminmodells zur Verbesserung der Terminlage in den Bürgerbüros	I0027/24
14	Konfliktfreie Ausländer*innenbehörde	I0031/24
15	Grundsatzentscheidungen zur Nutzung von Räumen der Landeshauptstadt Magdeburg (1999 und 2006)	I0042/24
16	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Norman Belas

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Olaf Meister

Tim Rohne

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Bernhard Sterz

Geschäftsführung

Britta Becker

Anke Jäger (Vertreterin für SR Mewes)

Mirjam Karl-Sy (Vertreterin für SR'in Schumann)

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hans-Joachim Mewes

Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Armin Minkner

Frank Stiele

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende** informiert, dass auf Bitten der Verwaltung die I0042/24 als neuer Tagesordnungspunkt 15 auf die Tagesordnung genommen wird.

Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Über die somit geänderte Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2024

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.01.2024 wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

4. Neuwahl Schiedsperson
Vorlage: DS0020/24

Herr Keller, Amt 30, bringt die Drucksache ein.

Bewerber Robert Kriebel

Herr Kriebel stellt sich kurz vor. Er arbeitet im 3-Schicht-System im Kaliwerk Zielitz unter Tage. Er äußert, dass es viele kleine Streitigkeiten gibt, die man durch Kommunikation klären kann.

Herr Sterz fragt nach, welche anderen ehrenamtlichen Funktionen er noch bekleidet.

Herr Kriebel informiert, dass er in seinem Betrieb Vertrauensmann ist. Er ist auch Pate für neue Kollegen, welche als Quereinsteiger anfangen.

Frau Jäger fragt, ob er das Ehrenamt auch zeitlich in die Reihe bekommen würde.

Herrn Kriebel wurde gesagt, dass das Ehrenamt zeitlich gut planbar ist.

Bewerberin Karin Helka

Frau Helka stellt sich kurz vor. Bis zu ihrem Vorruhestand hat sie in der Commerzbank gearbeitet. Sie ist ausgebildete Ausbilderin. Sie sucht ein anspruchsvolles Ehrenamt. Sie ist auch Schöffin am Oberverwaltungsgericht. Weiterhin hat sie sich auch als ehrenamtliche Betreuerin beworben.

Einzelabstimmung:

Herr Kriebel 3 Ja-Stimmen

Frau Helka 4 Ja-Stimmen

Abstimmungsergebnis zur Drucksache:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Antrag auf ein Normenkontrollverfahren beim Oberverwaltungsgericht Magdeburg gegen die Verordnung des Landesverwaltungsamtes zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes Schrote
Vorlage: DS0049/24
-

Herr Keller bringt die Drucksache aus rechtlicher Sicht ein.

Herr Kapelle, Amt 61, bringt die Drucksache anhand einer Präsentation ein. Er informiert, dass der StBV-Ausschuss mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung über die Drucksache abgestimmt hat.

Herr Belas ist der Auffassung, dass die Sache nach einem Gegengutachten klingt. Er fragt, wie es nun weiter geht.

Herr Keller informiert, dass der Rechtsanwalt bis 18.04.2024 einen Schriftsatz beim Gericht einreichen muss. Das Gericht wird sicherlich ein 3. Gutachten fordern. Wenn die Stadt den Rechtsstreit gewinnt, würde wieder die alte Verordnung gelten. Die Sache betrifft nicht nur die Stadt Magdeburg.

Frau Karl-Sy fragt nach, mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Herr Keller äußert, dass die Gerichtskosten gar nicht so hoch sind. Sie könnten sich auf ca. 20 TEUR belaufen. Im Ergebnis geht es um einen dreistelligen Millionenbetrag. Er schätzt die Erfolgsaussicht auf 60-70 % ein.

Herr Kapelle äußert, dass die Kosten, die die Stadt aufzubringen hat sogenannte Portokosten im Gegensatz zu den entstehenden Schäden sind.

Herr Keller unterstreicht nochmals, dass das Normenkontrollverfahren jetzt das einzige wirksame Mittel ist.

Herr Kohl legt dar, dass das Gutachten von Herrn Rechtsanwalt Rasch erstellt wurde. Schon aufgrund dessen würde er der Drucksache zustimmen.

Herr Meister fragt nach, welche Szenarien errechnet wurden.

Herr Kapelle äußert, dass es dann kein HQ 100, sondern ein HQ 1000 gibt.

Herr Meister hält die Entscheidung für schwer.

Herr Krug informiert, dass das Amt 37 hier auch geprüft hat. Das Normenkontrollverfahren geht in Ordnung.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

6. Neufassung der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung
Vorlage: DS0613/23

Herr Krug bringt die Drucksache ein. Der entscheidende Punkt ist hier Alter Markt und Domplatz. Er steht Änderungsanträgen offen gegenüber.

Herr Sterz regt eine Änderung im § 4 Abs. 2 Nr. 3 an. Er sieht hinter Kreuzungen und Einmündungen keine Behinderung. Er schlägt vor, im § 4 Abs. 2 Nr. 3 a und b die Worte „und hinter“ zu streichen.

Herr Krug äußert, dass die Sache bereits kontrovers diskutiert wurde. Die Verwaltung sieht hier einen gewissen Ablenkungsgrad.

Herr Kohl war bei der Vorbesprechung zur Drucksache dabei. Er hatte einige Anregungen, die in der jetzt vorliegenden Satzung nicht berücksichtigt wurden. Diese waren z.B. pro Werber nur 2.000 Plakate, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche aus der Plakatierung herausnehmen. Die Plakatierung bei pulverbeschichteten Masten sieht er kritisch.

Herr Krug informiert, dass sich die meisten pulverbeschichteten Masten in den Verbotszonen Alter Markt/Domplatz befinden. Die anderen können plakatiert werden.

Herr Zander wird der Drucksache nicht zustimmen. Er wird keine Satzung für den neuen Stadtrat beschließen. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Satzung jetzt durchgesetzt wird.

Herr Belas stellt klar, dass die neue Satzung auch für die kommende Kommunalwahl gilt.

Herr Meister kann dem Vorschlag von Herrn Sterz folgen. Die Ausschlussbereiche hält er für überdenkenswert.

Herr Kumpf wirbt für die Limitierung.

Herr Krug fragt nach, welche Städte mit einer Limitierung arbeiten.

Herr Kumpf übermittelt Herrn Krug eine Antwort hierzu per E-Mail.

Herr Rohne kennt eine Limitierung aus kleineren Dörfern. Es gab in der bestehenden Satzung eine Regelung, das auf Brücken nicht gehängt werden darf. Warum gibt es diese jetzt nicht mehr?

Herr Krug informiert, dass diese Regelung im § 4 der neuen Satzung steht.

Frau Jäger spricht sich für eine Limitierung in Fußgängerzonen aus. Wie stellt sich die Verwaltung das Verfahren bei herunterrutschenden Plakaten vor?

Herr Krug äußert, dass dies so großzügig wie möglich gehandhabt werden soll. Zu erst erfolgt ein Hinweis vom Ordnungsamt. Erst nach mehreren Hinweisen erfolgt die Verhängung eines Bußgeldes.

Herr Sterz fragt nach dem Inkrafttreten.

Herr Keller legt dar, dass das Amtsblatt alle 2 Wochen erscheint.

Herr Kohl hält eine Plakatierung am Universitätsplatz für gefährlich.

Herr Zander unterstreicht, dass die Plakate, die vor dem Inkrafttreten der neuen Satzung hängen, nach der alten Satzung hängen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

6.1. Neufassung der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung
Vorlage: DS0613/23/1

Herr Kohl bringt den Änderungsantrag ein.

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

7. Unterstützen statt blockieren
Vorlage: A0293/23
-

Herr Zander bringt den Antrag ein. Die Stellungnahme der Verwaltung sagt alles aus.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 7.1. Unterstützen statt blockieren
Vorlage: S0049/24
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten
Vorlage: A0129/23
-

Über den Antrag A0129/23 wird wie folgt abgestimmt:

0 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

- 8.1. Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten
Vorlage: S0537/23
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: A0239/23
-

Herr Rohne verweist auf seine Einbringung des Antrag auf der Sitzung am 25.01.2024. Er bittet nochmals um satzweise Abstimmung. Er fragt nach dem angekündigten Änderungsantrag nach.

Die Verwaltung informiert, dass es keinen Änderungsantrag gibt.

Herr Krug bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Dem Punkt 1 würde die Verwaltung zustimmen.

Herr Meister fand das adjektivische für störend. Seine Fraktion stimmt gegen den Antrag.

Herr Rohne legt dar, dass der Antrag auf dem letzten Bericht vom 17.12.2023 beruht. Der Rat schreibt eindeutig vor, dass die Worte rechtssicher sein müssen.

Satzweise Abstimmung:

- | | |
|----------|--|
| 1. Satz: | 4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung |
| 2. Satz: | 4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung |
| 3. Satz: | 4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung |
| 4. Satz: | 4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung |

- 9.1. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: S0501/23
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Einführung „Nette Toilette“ in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0281/23
-

Frau Karl-Sy bringt den Antrag ein. Sie hat sich in ihrer Fraktion gegen den Antrag entschieden. Sie kann die Gastronomen verstehen.

Herr Zander äußert, dass bereits ein gleichlautender Antrag beschlossen wurde. Er weiß nicht, was der Antrag jetzt soll.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 10.1. Einführung „Nette Toilette“ in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0059/24
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB
Vorlage: DS0446/23/73
-

Über den Änderungsantrag DS0446/23/73 wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen

- 11.1. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB
Vorlage: S0007/24
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die
Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Information Bürgerversammlung Neue Neustadt
Vorlage: I0023/24
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die
Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Nächste Stufe des neuen Terminmodells zur Verbesserung der
Terminlage in den Bürgerbüros
Vorlage: I0027/24
-

Herr Kohl hält die Terminvergabe für ein großes Problem.

Herr Krug macht Ausführungen zur Informationsvorlage der Verwaltung.
Kommt es zu keinen Verbesserungen, gibt es den nächsten Vorschlag der
Verwaltung.

Herr Zander wird die Sache genau beobachten.

Herr Krug informiert, dass zwei weitere Dokumentenausgabeboxen an-
geschafft werden sollen.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt
die Informationsvorlage zur Kenntnis.

14. Konfliktfreie Ausländer*innenbehörde
Vorlage: I0031/24
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die
Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

15. Grundsatzentscheidungen zur Nutzung von Räumen der
Landeshauptstadt Magdeburg (1999 und 2006)
Vorlage: I0042/24
-

Herr Sterz fragt nach, warum in der Verfügung aus dem Jahr 1999 von 4 Monaten und in der Verfügung aus dem Jahr 2006 von 4 Wochen die Rede ist. Handelt es sich ggf. um einen redaktionellen Fehler?

Herr Keller hält 4 Wochen für angemessen.

Herr Rohne kennt es mit 6 – 8 Wochen. 4 Wochen kennt er nicht.

Hierzu erfolgt eine Prüfung durch das Rechtsamt. Das Ergebnis der Prüfung wird als Anlage zur Niederschrift gegeben.

16. Verschiedenes
-

Herr Belas informiert, dass Herr Prof. Dr. Pott in der Sitzung am 25.01.2024 zum TOP 5 die Frage stellte, wie oft Schiedspersonen schlichten müssen. Hierzu hat die Verwaltung eine Übersicht vom Amtsgericht Magdeburg für das Jahr 2023 erhalten. Die Übersicht wird als Anlage zur Niederschrift gegeben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Norman Belas
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin